

Juliette

DU

Selbstbestimmung:
Ein Heft über Politik,
die dich entscheiden lässt.



IMPULSE

Suchtpolitik der Selbstbestimmung
Ist das ein Widerspruch? fragt sich Roland Fink

4

Sexualität selbstbestimmt ausleben
Pascal Teuke über Gleichberechtigung

6

Datenschutz für Freigeister
Moritz Klammler über Daten & Selbstbestimmung

7

Waffenrecht a là EU
Tician Boschert und Vincenz Wissler im Face Off

8

IMPRESSIONEN

Daten Check Up
Georg Kania analysiert unseren Landesverband

10

Wir sind jung & brauchen das Geld!
Carolin Grulms über die 3K17-Aktion

13

Tour de Bruxelles
Neumitglied Jan Ollson über die Brüsselfahrt

14

Wo das Wir wirklich entscheidet
Steffen Seitter lädt zur Arbeit im Struktur-AK ein

15

Friedrich Naumann
STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

FREIGEISTER



Studieren
mit Stipendium

Impressum

**Chefredaktion,
Gestaltung und Satz**
Alexandra Seyfang

Verantwortlich i.S.d.P.
Carolin Grulms

Herausgeber
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Postfach 10 15 52
70014 Stuttgart
www.julis-bw.de

Bilder/Grafiken
JuLis/FDP Privat, Grafiken S.10-12: Alexandra Seyfang

Druck
DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrischried

Auflage und Bezug
1.500 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder
der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung
des Verbandes oder der Redaktion wieder. Druckfehler und Irrtümer vor-
behalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

Liebe JuLis,

Selbstbestimmung in allen Lebenslagen: Das ist wo-
für wir Liberale uns rühmen und vielleicht einer un-
ser wichtigsten Kernpunkte. Auch die FDP hat sich
beim Dreikönigstreffen mit ihrer „DU“-Kampagne
dafür entschieden, den Individualismus zu betonen.
Daher lohnt es sich, auch bei der Juliette in das alles
entscheidende Wahljahr 2017 zu starten mit diesem
Thema, das uns alle zusammenbringt. Dabei zieht
sich Selbstbestimmung bei der Politik durch die
verschiedensten Felder: Von Waffenrecht bis Gen-
der findet ihr in diesem Heft eine Vielfalt an gesell-
schaftlichen Fragestellungen.

Was uns alle vereint ist außerdem die Leidenschaft
für unseren Verband: Doch wie setzt sich dieser
momentan überhaupt zusammen? Im erweiterten
Impressionen-Teil findet ihr eine Auswertung mit
spannenden Statistiken zu uns und unseren Mitglie-
dern!

Ich selbst möchte mich an dieser Stelle von euch als
Chefredakteurin verabschieden. Danke, dass ihr mir
die Chance gegeben habt, die Juliette für euch neu zu
gestalten! Jetzt bleibt mir nur zu hoffen, dass euch
die Hefte dieses Jahr Freude bereitet und hier und
da vielleicht einen neuen Gedanken angestoßen ha-
ben. Ein letztes Mal: Viel Spaß bei der Lektüre!



Alexandra Seyfang ist Beisitz-
erin im Landesvorstand der
JuLis Baden-Württemberg und
Chefredakteurin der Juliette



Suchtpolitik der Selbstbestimmung:

Ein Widerspruch?

Sprechen Liberale über Suchtpolitik, so fallen zwei Positionen besonders auf. Da sind auf der einen Seite die Libertären, die postulieren, es gehe grundsätzlich sowieso niemanden etwas an, was jemand zu sich nehme, der Staat solle sich daher aus diesem Thema komplett heraushalten. Auf der anderen Seite sind da die eher konservativen Pragmatiker, denen vor allem wichtig ist, dass ihre eigenen Freiheiten nicht eingeschränkt werden. Mit beiden Positionen konnte ich noch nie viel anfangen, weil sie Suchtpolitik nicht ernst nehmen.

In der libertären Position äußert sich dies darin, dass die Folgen des Konsums völlig ausgeblendet werden: Gerade die Volksdroge Alkohol induziert regelmäßig physische Gewalt, sei es direkt in Form von Auseinandersetzungen oder indirekt durch betrunkene Autofahrer. In der als britische Regierungsstudie gestarteten und später unabhängig fortgesetzten Untersuchung von Nutt et al. (2010) weist Alkohol in der Kategorie „harm to others“ derart viele Punkte auf, dass es schon allein dadurch auf Platz drei der schädlichsten Rauschmittel gekommen wäre - nur hinter Heroin und Crack.

Doch das Nichtaggressionsprinzip ist die konstituierende Grundlage libertären Denkens - schreibt doch Ayn Rand, dass die Vorbedingung einer zivilisierten Gesellschaft der Ausschluss der Gewalt aus sozialen Beziehungen sei. Wenn dies der Fall ist, so muss eine Gesellschaft, die sich zivilisiert nennen will, eine Suchtpolitik verfolgen, die nicht allein im Postulat bestehen kann, jeder solle doch tun wie ihm beliebt.

Die kognitiven Dissonanzen der pragmatischen Position sind natürlich noch offensichtlicher. Wer einerseits das verhältnismäßig schadensarme Cannabis verboten belassen möchte, andererseits jedoch jegliche Regulierung des verhältnismäßig schädlichen Alkohols strikt ablehnt - hier sei an die Bezeichnung des Werbeverbots für die Bekömmlichkeit von Bier als Terrorismus regulierungswütiger Bürokraten durch Dr. Rülke erinnert - wird sich schwer tun, dies logisch konsistent zu rechtfertigen. Dieser Ansatz lässt sich wohl eher durch andere Faktoren erklären: Soziologisch, weil Alkoholkonsum sich durch alle Alters- und Bevölkerungsschichten zieht, der Konsum von Cannabis jedoch in bestimmten Milieus und in der Altersklasse zwischen 16 und 29 besonders häufig ist und bei deren Verlassen auch auf individueller Ebene häufig abnimmt. Verhalten, das man im eigenen Umfeld nicht wahrnimmt, wird jedoch schneller als abnorm oder falsch betrachtet. Politökonomisch, weil Freiheit beim Wähler nur dann populär ist, wenn es die eigene ist - die Mehrheit der Wähler jedoch nicht zu besagten Altersklassen und Milieus gehört. So lässt sich auch erklären, warum Daniel Bahr als Vorsitzender der Jungen Liberalen eine Kampagne unter dem Motto „Lieber bekifft ficken als besoffen fahren“ verantwortete, als Bundesgesundheitsminister jedoch im Bundestag postulierte: „Cannabis ist schädlich und deshalb muss es verboten bleiben.“

Die Jungen Liberalen plädieren für den dritten Weg. Auf diesem Weg steht Selbstbestimmung im Mittelpunkt, ohne dass dabei die Politik untätig wäre. Im Gegenteil.

Das Prinzip ist dabei folgendes: Mündige Bürger dürfen selbst entscheiden, was sie mit ihrem Körper anstellen, Repression ist abzulehnen. Dazu gehören auch Lenkungssteuern - diese sind höchstens für eine Übergangsphase nach der Legalisierung diskutabel, um den erwartbaren Preissturz abzufedern.

Stattdessen sollte Suchtpolitik Prävention, Beratung und Behandlung sowie Schadensreduzierung in den Mittelpunkt stellen. Diese sind nicht allein Staatsaufgabe, sondern gehen alle etwas an.

Präventionsarbeit beginnt dabei schon dort, wo noch keine (volle) Mündigkeit vorherrscht: Bei Kindern und Jugendlichen. Dabei geht es zum einen darum, ein realistisches Bild davon zu zeichnen, was der Konsum von Suchtstoffen für einen Menschen und sein Umfeld bedeutet, ohne Schwarzmalerei, aber auch ohne Verharmlosung. Zum anderen geht es darum, die Ursachen für stoffbezogene Abhängigkeit - mangelnde soziale Integration, mangelnde Beherrschung alternativer Coping-Mechanismen für den Umgang mit negativen Emotionen, mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten - zu beheben.

Im Bereich Beratung und Behandlung geht es darum, auf Wunsch der Betroffenen riskante Konsummuster abzustellen. Die Angebote in diesem Bereich haben in Deutschland gewaltige Fortschritte gemacht, doch auch hier gibt es Verbesserungspotentiale. In Großbritannien etwa können sich Menschen, die gerne keinen Alkohol mehr konsumieren würden, bei ihrem Supermarkt ein Alkoholverkaufsverbot erteilen lassen. In Schweden werden Nutzer von Spielautomaten verpflichtet, zu Monatsbeginn festzulegen, wie viel Geld sie für ihr Hobby ausgeben möchten - letzteres ließe sich natürlich auch auf freiwilliger Basis einführen. Überall dort, wo Kundendaten gespeichert werden, könnte den Kunden auch eine Informationsmöglichkeit über die gekauften Suchtstoffe angeboten werden.

Schließlich die Schadensreduzierung. Diese beginnt schon beim Verbraucherschutz: Auf einem Schwarzmarkt ist dieser naturgemäß eingeschränkt. Unabhängige Qualitätskontrollen sind unmöglich, Produktstandards existieren nicht, Regressmöglichkeiten beschränken sich auf Gewalt und ihre Androhung. Dies ist der Grund, warum von einer Legalisierung kein Anstieg der Drogenschäden zu erwarten ist: Die potentielle Mengenreduzierung durch die Prohibition wird durch die Qualitätsreduzierung überkompensiert.

Es gibt jedoch auch andere Möglichkeiten, die Schäden zu reduzieren, ohne die Freiheit einzuschränken. Dabei geht es beispielsweise um die schlichte Verfügbarkeit von Produkten mit reduziertem Wirkstoffgehalt - wenn also beispielsweise auch „light“-Bier mit 3,5% Alkohol oder ein kleines Glas angeboten wird.

Modellprojekte zeigen, dass diese Maßnahmen, welche die Entscheidungsfreiheit der Bürger eben nicht einschränken, wesentlich wirkungsvoller sind, als Gebote und Verbote je waren.



Roland Fink ist Mitglied im Kreisverband Rems-Murr

Was kann der Staat tun? Sexualität selbstbestimmt ausleben

Für uns Liberale ist es von enormer Wichtigkeit, dass alle ihre Sexualität und ihr Gender ausleben dürfen, wie sie individuell wollen. Gleichberechtigung ist hierbei das Schlüsselwort – ohne das geht's nicht. Doch wie genau soll Gleichberechtigung aussehen, und viel wichtiger – ab wann wird Gleichberechtigung zur Gleichstellung? Eine Überlegung.

Vorweg: Es ist klar zwischen Gleichberechtigung und Gleichstellung zu differenzieren. Um direkt einen Einstiegsfall darzustellen: Ehe für nicht-heterosexuelle Beziehungen. Ich stelle mir da immer die Frage: Wieso? Die Ehe ist ein Konstrukt, das von der Kirche definiert wurde, und ein Bündnis zwischen Mann und Frau darstellt. Muss man die stark konservative Kirche verbiegen? Wenn man Glaube für sich selbst interpretiert, kann man auch ohne sie sich vor Gott binden lassen. Dazu noch eine Art eingetragene Lebensgemeinschaft, die dieselben Rechte und Verpflichtungen wie eine Ehe mit sich bringt, und wir haben Gleichberechtigung erreicht. Damit werden alle gleich behandelt, den Bedingungen entsprechend, ohne alle zwanghaft gleichzustellen. Das ist ein perfektes Beispiel, wie eine Rahmenkonstruktion, vom Staat ausgehend, ausreicht, um Menschen ein frei wählbares Leben zu ermöglichen, ohne Nachteile davonzutragen.



Pascal Teuke ist im Kreisvorstand der JuLis Stuttgart

Ebenfalls ein brisantes Beispiel: Toiletten. Es gibt Gruppen innerhalb der LGBTQ+ Community, die eine dritte Toilette neben Damen und Herren fordern, und zwar für eben jene Community. Da stelle ich mir die Frage: Ist durch diese Gleichstellung nicht eine Diskriminierung erreicht? Anstatt gesunden Menschenverstand zu predigen, dass die Leute sich nicht so anstellen sollen (für gewöhnlich sieht man andere Personen eher nicht in den Toilettenkabinen...), geht man einen – nebenbei logistisch wahnwitzigen – Weg, der noch größeren Differenzierung und somit eine bessere Integration in die Gesellschaft verhindert? Ich kenne transsexuelle und androgyne, genderwechselnde Personen, und kann natürlich nur durch ihre Erzählungen in sehr kleinem Maße ihren täglichen Kampf vorstellen, da alles in „Mann“ und „Frau“ unterteilt wird, und es ihnen schwer fällt, einen Platz in so einer Gesellschaft zu finden. Jedoch sehen diese Personen das genauso: Man erschafft eine Parallelgesellschaft, wenn man neue Räumlichkeiten baut. Im Gegensatz zur Kirche muss man hier den sehr steinigen Weg gehen, und die engstirnigen Teile der Bevölkerung davon überzeugen, dass der moderne Mensch nicht zwingend Mann oder Frau sein muss. Hier darf auch der Staat mithelfen.

Kurzum: Wir sind auf dem richtigen Weg, aber bis zur absoluten Gleichberechtigung werden noch viele Schritte, Fehler und Sprünge getan. Am wichtigsten ist aber: Egal, welches biologische und gesellschaftliche Geschlecht ihr habt, welche Sexualität euch anspricht: Denkt nach, bevor ihr Forderungen herausposaunt, anklagt und verurteilt!

Die Zukunft des selbstbestimmten Lebens Datenschutz für Freigeister

Wer frei und selbstbestimmt lebt, kann Entscheidungen für sein Leben selbst auf Grundlage eigener Abwägungen treffen. Das können Entscheidungen sein, deren Konsequenzen uns Jahrzehntelang betreffen werden, wie die Partner- oder Berufswahl, oder auch vermeintlich kleine Fragen des Alltags. Gerade letztere sind jedoch für die empfundene Lebensqualität von hohem Wert. Wir wollen eben selbst entscheiden können, welches Buch wir lesen, mit wem wir uns zum Kaffee verabreden, und wie viel Zucker wir zu selbigem nehmen wollen.

Derlei Entscheidungen können wir jedoch nur dann wirklich frei treffen, wenn wir uns ungestört alle Informationen beschaffen können, auf deren Grundlage wir unsere Entscheidung treffen wollen, und nicht befürchten müssen, unser beobachtetes Verhalten könnte später gegen uns verwendet werden. Natürlich müssen wir immer selbst mit den Folgen unserer Entscheidung leben. Etwa, mit dem eklig süßen Geschmack im Mund, falls wir so tollkühn gewesen sein sollten, Zucker zum Kaffee zu nehmen. Freiheit und Verantwortung gehen bekanntlich Hand in Hand. Unfrei werden wir aber an dem Punkt, wo wir nicht mehr anhand unserer eigenen Bewertung der Umstände entscheiden, sondern anhand dessen, was wir glauben, wie andere unsere Entscheidung bewerten werden. Etwa, indem wir nicht mehr für uns selbst entscheiden, dass wir einen Caffè-Corretto wollen, sondern stattdessen zu einem Glas Orangensaft greifen, um in der Statistik unserer Krankenkasse nicht als jemand dazustehen, der keinen Wert auf eine gesunde Lebensweise legt.

Das Tragische dabei ist, dass es noch nicht einmal darauf ankommt, ob unsere Krankenkasse tatsächlich ihre Beitragssätze anhand unseres Kaffeekonsums berechnet. Solange wir befürchten, dass sie es tun könnte, wird diese Angst unser Verhalten beeinflussen. In keinem westlichen Land wird das Lesen von Wikipedia sanktioniert. Dennoch stellte Penney (2016) nach den Snowden-Veröffentlichungen im Sommer 2013 einen signifikanten Rückgang der Anfragen für Wikipedia-Artikel fest, die gemeinhin mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden [1]. Und das in einer Zeit, in der Bürger, die zum Thema Terrorismus objektiv informiert sind, wichtiger denn je wären.

Je überwachter wir uns fühlen, und je unberechenbarer die Überwacher sind, desto unfreier werden wir. Dabei sollten wir uns von der Vorstellung lösen, dass es einen großen Unterschied mache, ob wir von staatlichen oder privaten Stellen überwacht werden. Je nach politischer Einstellung mag man sich eher an fehlender parlamentarischer Kontrolle oder aber im Gegenteil an zu großem staatlichem Einfluss stören. Am Ende führt diese Debatte aber an der Sache vorbei. Denn Freiheit bedeutet nicht, Diener eines wohlgesonnenen Herren zu sein, sondern sein Leben selbst in der Hand zu halten.

[1] Jon Penney, „Chilling Effects: Online Surveillance and Wikipedia Use“.

Berkeley Technology Law Journal, 2016, Vol. 31, Nr. 1, S. 117, <https://ssrn.com/abstract=2769645>.



Moritz Klammler ist Leiter des Landesarbeitskreises Bürgerrechte im digitalen Zeitalter

Waffenrecht a là EU

Die EU-Kommission plant Neuregelungen beim Waffenrecht. Tragen diese zum selbstbestimmten Leben bei?

Pro: Missbrauch verhindern

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker spricht von einem „Meilenstein bei der Waffenkontrolle in der EU“, auch wenn in den Verhandlungen leider nicht alle Ziele erreicht wurden. Der Nutzen von einheitlichen EU-Waffenrichtlinien ist bei offenen innereuropäischen Grenzen außer Frage.

Schützen- und Jagdverbänden erschwerten die Verhandlungen, mitunter auch durch Desinformationen. Zwar gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Besitz von Schusswaffen und Kriminalität, dennoch geht (auch) von legalen Schusswaffen eine Gefahr aus. Kriminologen schätzen den Anteil von den in Deutschland durch Schusswaffen Getöteten auf ca. 50%. Leider werden diese Daten nicht umfassend erfasst.

Bürger und Recht in einem liberalen Rechtsstaat zu schützen benötigt auch Regelungen, die nicht für jeden gleich einfach als liberal zu verstehen sind. Es muss verbindliche Rahmenbedingungen geben, welche das Zusammenleben schützen. Dem widerspricht in Bereichen der Wirtschaft oder Arbeit niemand, warum dann also im Waffenrecht?

Bei der Neuregelung zum Besitz halbautomatischer Waffen beispielsweise ist der Zweck zu hinterfragen. Weder bei Jägern noch bei Sportschützen liegt der Fokus auf schnellem, sondern stattdessen auf präzisiertem Schießen. Außerhalb des kriegerischen Einsatzes bieten Halbautomaten somit keinen begründbaren Nutzen. Die Erlaubnis hingegen öffnet Tür und Tor zum Missbrauch. Auch dass Kurzwaffen weiterhin mit Magazinen bis zu 20 Schuss erlaubt sind, ist nicht nachvollziehbar. Denn wer benötigt 20 Schuss in einer Folge ohne dazwischen nachladen zu müssen? Zumal gibt es für die Sportschützen Ausnahmeregelungen, z.B für den Erwerb halbautomatischer Waffen. Hierbei ist anzumerken, dass man sich bis zum tatsächlichen Erwerb einer solchen Waffe, einer Reihe von Tests zur Feststel-

lung der psychischen Gesundheit unterziehen muss. Weitere Sonderregelungen gibt es in Zukunft auch für Sammler und Museen. Diese dürfen weiterhin Kriegswaffen erwerben sowie verkaufen. Hier liegt der Fokus der Auflagen darauf, dass die Waffen nicht in die falschen Hände geraten.

Die Neureglung bringt aber nicht nur Verbote, sondern auch konstruktive Ansätze zum weiteren Zusammenwachsen der gemeinsamen Innereuropäischen Terrorbekämpfung und Prävention. So ist in Planung, alle wichtigen Teile an Schusswaffen zu registrieren und europäische Datenbanken aufzubauen. In diesem Schritt sollen künftig alle Transaktionen elektronisch erfasst werden, was zu einer höheren Transparenz führt, ohne dabei zum Bürokratiemonster zu werden. Es ist der richtige Weg, die Zusammenarbeit der inländischen Behörden zu fördern. Es muss verhindert werden, dass weithin bekannte Informationen bei Ermittlungen von Straftaten mangels Austausch nicht genutzt werden können. Waffenbesitz ist ein sensibles Thema, auch wenn man vielleicht aus der eigenen Sicht nicht selbst die Gefahr darstellt. Denn wie schrieb schon Hermann Hesse: „In der ganzen Welt ist jeder Politiker sehr für Revolution, für Vernunft und Niederlegung der Waffen – nur beim Feind, ja nicht bei sich selbst.“



Tician Boschert ist stellvertretender Landesvorsitzender der JuLis Baden-Württemberg für Organisation



Vincenz Wissler ist stellvertretender Landesvorsitzender der JuLis Baden-Württemberg für Finanzen

Ein Amoklauf, ein Attentat oder ein Anschlag: Jetzt wird es mal wieder Zeit für eine Verschärfung des Waffenrechts. Und das aufgrund der Annahme, dass eine Verschärfung zu einem höheren Sicherheitsgrad für die Bevölkerung führt. Mit Sicherheit nicht!

Deutschland hat weltweit eines der strengsten und am stärksten kontrollierten Waffengesetze - und trotzdem können wir keine Amokläufe verhindern. Es werden ansatzlos verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt, um die sachgerechte Lagerung von Waffen zu kontrollieren. Am Schluss muss der Waffenbesitzer diese auch noch bezahlen. Ein absolutes Unding.

Ist es nicht besser, den Leuten die Freiheit zu lassen und auf die Eigenverantwortung des Einzelnen zu setzen, wenn es um den Besitz von Waffen geht? Ja ist es, denn das ist das, was uns Liberale ausmacht: Das Vertrauen in den Einzelnen.

Denn selbst die Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellt Folgendes fest: „Schusswaffen, die für Straftaten verwendet werden, einschließlich terroristischer Aktionen, gelangen kaum über legale Wege in den Besitz der Täter.“ Dementsprechend müsse mehr Personal für die Bekämpfung des illegalen Waffenhandels eingestellt werden, so der GdP-Sachverständige Hans Jürgen Marker.

Contra: Waffenbesitz ist ein Zeichen von Freiheit

Generell muss es natürlich Waffengesetze geben, und zwar nicht nur für voll- sondern auch für halbautomatische Waffen. Es ist allerdings unsinnig, diese einfach zu verbieten, da dies nicht dem Verkauf von Waffen auf dem Schwarzmarkt entgegenwirkt. Gerade für Sportschützen ist es wichtig, mit halbautomatischen Waffen schießen zu können. Ich selbst weiß das ganz gut, da ich ebenfalls zur Gruppe der Sportschützen gehöre. Meiner Meinung nach ist das Verbot von halbautomatischen Waffen reiner Aktionismus und führt zu einer unnötigen Einschränkung der Sportschützen und Jäger.

Viel wichtiger ist es hingegen, länderübergreifend zusammen zu arbeiten. Es kann nicht sein, dass es in Deutschland Auflagen gibt, die schlichtweg unverständlich sind, wohingegen es in Österreich möglich ist, sich ohne einen Backgroundcheck eine Schrotflinte zu kaufen. Ich halte ein europaweites Waffenregister, auf welche die einzelnen Mitgliedstaaten Zugriff haben, für sinnvoll, wenn ein fundierter Verdacht vorliegt.

Grundsätzlich sollten alle Waffen (bis auf vollautomatische Waffen) unter der Voraussetzung eines kurzen Backgroundchecks frei verkäuflich sein. Eine Vorbestrafung des Käufers sollte dabei durchaus eine Rolle spielen. Ansonsten kann jeder unter der Vorlage eines Tresors, welcher der DIN-Norm entspricht, sowie einem Eintrag in eine Waffenbesitzkarte eine Waffe erwerben. Ausgenommen hiervon sind Schreckschusswaffen und Luftgewehre, da von diesen keine Gefahr ausgeht.

Es gibt in Deutschland viele Sammler, welchen es immer schwerer gemacht wird, Waffen zu erwerben, weil diese die Waffen an illegale Händler weiterveräußern könnten. Das ist zumindest die Argumentation der EU-Kommission für die neuen Regelungen. Durch diese Argumentation wird allerdings wieder eine Gruppe von Menschen unter Generalverdacht gestellt. In diesem Fall brauchen wir jedoch keine Verschärfung der Waffengesetze, sondern eine bessere Vernetzung der einzelnen Behörden. Jeder Sammler dokumentiert seine Waffen auf einer Waffenbesitzkarte, welche im Waffenregister einsehbar ist.

Die JuLis Baden-Württemberg in Zahlen



Georg Kania ist Bezirkskassenzmeister der JuLis Nordwürttemberg

*Daten – Fakten – Zahlen.
Die Jungen Liberalen Baden-Württemberg
in der realen Brutalität eines Controllers. Den gesamten Landesverband,
und alle Bezirks- sowie Kreisverbände habe ich unter der Lupe ausgewertet.*

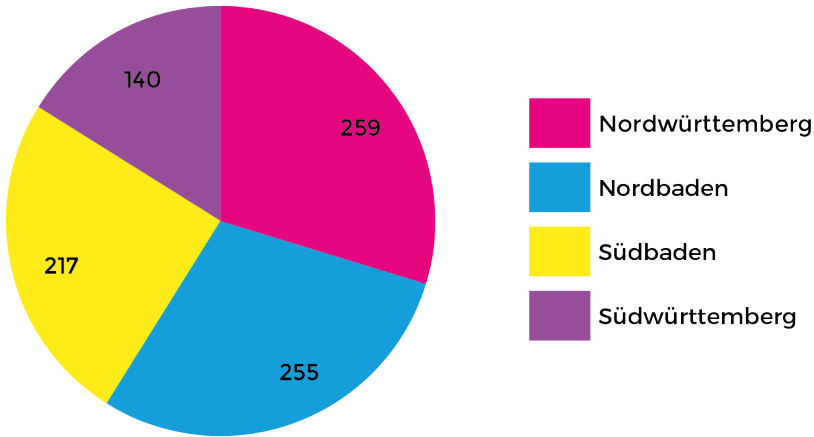
Um ehrlich zu sein: Ich wusste nicht, was ich auf die Frage antworten sollte, als mich ein Mitglied fragte, wie viele Mitglieder die JuLis in Baden-Württemberg haben. Geschweige denn Antworten zum Thema innerverbandliche Frauenquote, dem Durchschnittsalter oder den Neumitgliedern. Die Idee einer Auswertung war geboren.

Die heutige Zahl: 871

Exakt 871 Mitglieder hat der Landesverband Baden Württemberg zum Stichtag der Auswertung (siehe Informationen zur Auswertung).

Wer hat die meisten Mitglieder?

Die meisten Mitglieder auf Bezirksebene hat derzeit Nordwürttemberg mit 259 Mitgliedern. Die genauen Mitgliederzahlen pro Bezirk sind im Kreisdiagramm unten zu erkennen. Hervorzuheben sind auch die größten fünf Kreisverbände: Auf Platz 5 Tuttlingen mit 66 und auf Platz 4 Ravensburg mit 67 Mitgliedern. Den dritten Platz belegt Freiburg mit 70 Mitgliedern, und Stuttgart mit 74 Mitgliedern wird von Heidelberg und seinen 76 Mitgliedern knapp auf den zweiten Platz verweist.

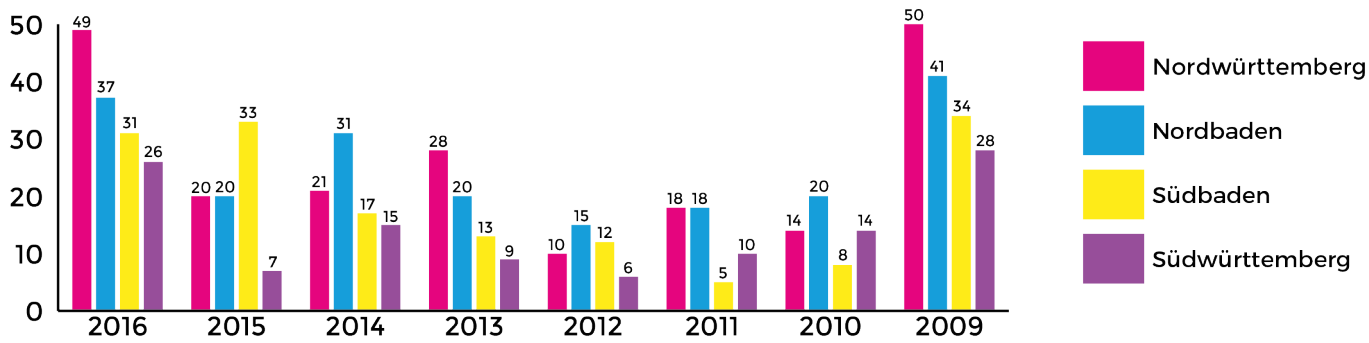


20,8%

Die Jungen Liberalen haben in Baden-Württemberg eine Frauenquote von 20,8%. Absolut heißt das, dass 178 weibliche Mitglieder auf 678 männliche Mitglieder treffen. Zur Erhöhung der Landesquote tragen vor allem die Kreisverbände Tuttlingen mit 27,3%, Rhein-Neckar mit 27,6%, Tübingen mit 28,1%, Rottweil mit 33,3% sowie der Kreisverband Ludwigsburg mit 36,0% bei. Anbei darf betont werden, dass der Bezirk Südwestwürttemberg mit 24,3% mit Abstand den höchsten Frauenanteil unter den Bezirken aufweist.

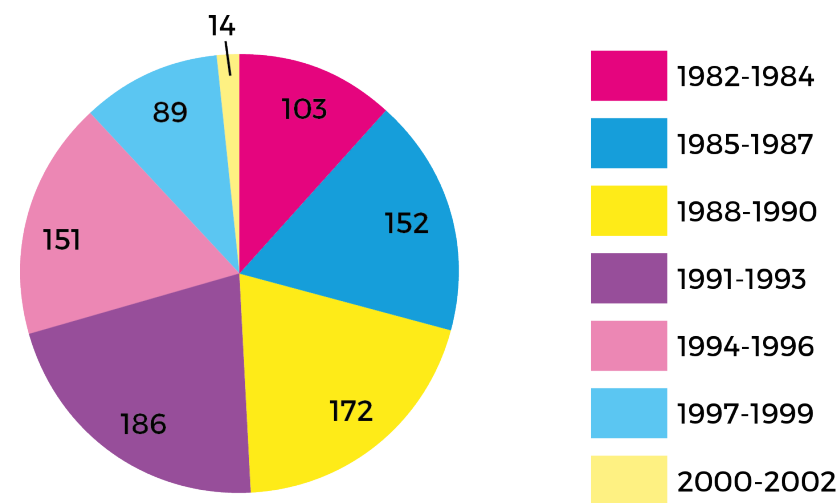
143 Neumitglieder im Jahr 2016

143 Neumitglieder konnten die JuLis Baden-Württemberg im letzten Jahr verzeichnen, doch das war nicht immer so. Seit 2009 ist die Anzahl an Neuantritten durch verschiedene Faktoren, wie die bundesweite Wahrnehmung der FDP, eher rückläufig. Dieses Phänomen ist in den Jahren 2010 (56) über 2011 (51) und 2012 (43) extrem. Wieviele Neumitglieder es in den letzten Jahren gab, könnt ihr der Grafik unten entnehmen. Wichtig zu wissen ist, dass hier nur die Neueintritte erfasst werden können, die uns bis heute als Mitglied erhalten geblieben sind. Wer bereits wieder ausgetreten ist, wird aus datenschutzrechtlichen Gründen aus unserer Mitgliederbank gelöscht.



1989, 1991 und 1993 sind die TOP 3 Geburtsjahre

Um den Rahmen der Ausarbeitung nicht zu sprengen, wurden die Daten der Geburtsjahrgänge der JuLis in geeignete Klassen unterteilt. Das durchschnittliche Mitglied ist am 11. Januar 1991 geboren und seit dem 22.05.2011 Mitglied, ist zu 79,2% männlich und zu 20,8% weiblich. Doch in der Summe zu 100 Prozent Baden-Württemberger.



Informationen zur Auswertung

Diese Datenanalyse basiert auf der Mitgliederliste vom 1. Dezember 2016. Als Referenzjahr dient das Jahr 2016. Das Geschlecht der Mitglieder wurde über den Vornamen ermittelt; es soll keine Aussagen über das Gender der Mitglieder machen und Irrtümer sind vorbehalten.



Diese Analyse zeigt nur einen kleinen Auszug der Datenlage. Weitere Informationen erhältst du bei Georg unter georg.kania@julisnw.de oder beim Landesvorstand.

JuLi-Dreikönigskundgebung zum Thema Generationengerechtigkeit

Wir sind jung & brauchen das Geld!

Alle Jahre wieder stellt sich diese drängende Fragen um die Weihnachtszeit: „Was schenke ich meinen Lieben?“ Und auch in der Politik überlegt man sich, was man verschenken könnte. Dies geschieht allerdings nicht immer aus gut gemeinter Nächstenliebe, sondern vielmehr anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl. Kurz vor Weihnachten in Regierungskreisen fragte man sich also: „Was schenken wir dem Wahlvolk?“

Frau Nahles war sofort zur Stelle. Rentenreform hieß das Zauberwort. Und alle am Kabinettsstisch so: „Yeah!“. Es war nicht das erste Mal: Geschenke zu Lasten künftiger Generationen.

Ob Mütterrente, Rente mit 63 oder Rentenerhöhung um 5%, das Wohlergehen die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen sind nicht im Blickfeld der Politik. Stattdessen werden - frei nach dem Motto: „Was geht mich das an?“ - Wahlgeschenke verteilt.

„Ach der Schuldenberg? Hat man da vom Gipfel eine tolle Aussicht?“

Grund und Anlass genug im Bundestagswahljahr 2017 das Thema Generationengerechtigkeit auf die politische Agenda zu setzen und die Wahlgeschenke der großen Koalition zu kritisieren. Auf unserer traditionellen Kundgebung vor dem FDP-Dreikönigstreffen in Stuttgart haben wir gemeinsam mit vielen JuLis aus ganz Deutschland eingefordert, Schulden abzubauen statt weiter Geld zu Lasten künftiger Generationen zu verteilen. JuLis verteilten verkleidet mit Merkel-, Seehofer-, Gabriel- und Nahles-Masken symbolisch Geschenke. Sie standen dabei vor einem Schlitten, der von anderen JuLis gezogen wurde.



Unsere Vorsitzende Marcel sagte über die Aktion in der Presseerklärung: „Die Politik muss endlich damit aufhören, die Finanzierung politischer Maßnahmen stets in die Zukunft zu verlagern. Wir fordern daher eine enkelfitte Rente: Staatsschulden abbauen und Investitionen in den Bereichen Bildung und Digitalisierung vornehmen. Hier liegen die Chancen und Möglichkeiten der künftigen Generationen.“

Wir fordern die Politik daher auf, heute schon an morgen zu denken! Gerade in diesem Wahljahr muss auch die junge Generation in das Blickfeld der Politik rücken. Daher werden wir weiter für Generationengerechtigkeit kämpfen!

Mehr zu unserer Aktion mit vielen Bildern und einem Video auf unserer Facebookseite unter facebook.com/julisbw!



Carolin Grulms ist Pressesprecherin der JuLis Baden-Württemberg

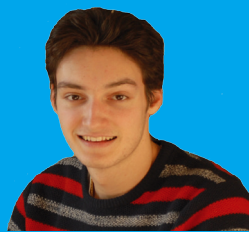
JuLis on Tour

Tour de Bruxelles

Gleich zwei Neumitglieder gewannen wir bei unserer Brüssel-Fahrt. Auch wenn wir unseren freundlichen Busfahrer - trotz aller Bemühungen - nicht zu den gewonnenen Neumitgliedern zählen können, war unser Ausflug in die belgische Hauptstadt schon allein deshalb ein Erfolg!

Am ersten Abend nach der Ankunft gingen wir gemeinsam essen und wurden von Seiten des Büros des MdEP Michael Theurer von Roland Fink, der nicht nur einer von uns JuLis ist, sondern auch für Herrn Theurer arbeitet, offiziell begrüßt. Nach gutem Essen nutzen die meisten den freien Abend, um die Brüsseler Kneipen zu erkunden. Die weihnachtlich beleuchtete Brüsseler Innenstadt, insbesondere der Grand Place und die gemütlichen Eckkneipen, sagten uns allen sehr zu.

Am nächsten Tag erwartete uns der Besuch eines Miniplenums und eine Fragerunde mit unserem Europaabgeordneten Michael Theurer. Nachdem wir mit dem Chef der FDP Baden-Württemberg über die Weltlage diskutiert hatten, bekamen wir noch den letzten Rest der Plenardebatte zu sehen. Dabei versuchte jeder die bekannte Polit-Prominenz in den Rängen des Plenarsaales zu sichten: Einige bekamen den Satiriker Martin Sonneborn zu sehen, andere erhaschten einen Blick auf Beatrix von Storch. Ein interessanter Einblick in die Arbeitsweise des europäischen Parlaments!



Jan Ollson ist Neumitglied der JuLis Baden-Württemberg



Nachdem wir den Nachmittag zur freien Verfügung (die meisten auf dem Weihnachtsmarkt bei einer Tasse Glühwein) verbrachten, folgte dann am Abend das Highlight der Reise: Abendessen mit Günther Oettinger und Michael Theurer. Neben uns JuLis nahm dabei noch eine weitere Reisegruppe der FDP teil, doch war es eine sehr persönliche Veranstaltung, bei der jeder ein paar Worte mit dem EU-Kommissar wechseln konnte oder wenigstens die Gelegenheit bekam, ein Selfie mit ihm zu machen. Mit einer inhaltlich starken Rede konnte Oettinger überzeugen. Als Michael Theurer Oettingers Fähigkeit lobte „auch mal frei von der Leber“ zu reden, reagierte dieser spontan und ironisch; bezeichnete ihn scherzend als einen „alten Drecksack“. In solch einer lockeren, ausgelassenen Atmosphäre mit einem hochrangigen EU-Vertreter zu Abend zu essen, war für uns alle ein einmaliges Erlebnis!

Am Tag vor unserer Abreise hörten wir drei Vorträge, unter anderem zu den Themen Freihandel und Strukturen der EU. Zu den Referenten gehörten eine Journalistin, eine Lobbyistin und ein Mitarbeiter der Kommission. Neben den anregenden Vorträgen nutzen wir am Ende noch die Saalmikrofone um und ließen zur allgemeinen Erheiterung Musik spielen.

Die Exkursion ging zu Ende mit einer langen Nacht, gefolgt von einer Stadtführung am nächsten Morgen, aber vor allem mit vielen Eindrücken, die wir mit nach Hause nehmen.

Die nächste Exkursion der JuLis – da waren sich alle einig – soll dann nach Berlin in den Bundestag gehen!

Strukturarbeitskreis

Wo das Wir wirklich entscheidet

Was stört dich an den JuLis? Wo bremst uns unsere Satzung regelmäßig aus? Was machen andere besser als wir?

Das alles sind Fragen, mit denen wir uns im Arbeitskreis rund um das Thema Struktur und Weiterentwicklung der JuLis in Baden-Württemberg beschäftigen. Wenn man so will, dann wollen wir den ganzen Verband einmal auf den Kopf stellen. Wir möchten Probleme beseitigen und vor allem dafür sorgen, dass die JuLis so sind, wie wir es uns wünschen.

Bisher sind wir an vielen Stellen im Verband noch so, wie wir einmal gewachsen sind oder auch wie es früher notwendig war. In der ersten Sitzung wurde daher auch schnell klar, dass wir uns viele Dinge nochmal anschauen sollten. Passen sie noch zu uns? Sind sie so, wie wir uns das wünschen?

Die Themen sind vielfältig. Von Satzungsfragen, wie einem Delegiertensystem oder den Bezirken, über kulturellen Gegebenheiten, wie den Umgang mit Frauen im Verband, bis hin zur Außenwirkung gegenüber dem Bundesverband oder auch der FDP ist alles dabei. Ich liste euch unsere Themen auch nur gekürzt auf, damit ich euch nicht gleich erschlage. Sollte euch allerdings noch eine Angelegenheit brennend interessieren oder wollt ihr irgendwas bei den JuLis verändern, dann schreibt mir einfach und wir verlängern die Liste entsprechend!



Wenn ihr beim Strukturarbeitskreis mitarbeiten möchtet, meldet euch gerne bei Steffen Seitter unter steffenseitter@outlook.com!

Dabei wollen wir mit unseren Ergebnissen nicht nur Protokolle füllen, sondern wirklich etwas verändern. Vor Weihnachten haben wir daher das Thema Delegiertensystem auf der Agenda gehabt. Wir werden zum nächsten Landeskongress, vorausgesetzt alles läuft rund, einen Antrag einreichen, der unser komplettes System verändert und uns hoffentlich auch viel Zeit auf den Kongressen spart. Momentan sind wir dabei unsere Ergebnisse in einen Satzungsänderungsantrag zu packen. Auch hier darf gerne noch jeder mitschreiben!

Dieser Arbeitskreis lebt von eurer Mitarbeit. Weder der Landesvorstand noch sonst wer plant oder beeinflusst die Ergebnisse. Das Ziel ist es, die JuLis wirklich zu verändern. Wir wollen dabei erreichen, was die FDP nicht schafft – alle Mitglieder einzubinden und eine Veränderung im Sinne der Mitglieder zu erreichen. Wir können noch an allen Ecken besser werden. Wir können für noch mehr Spaß im Verband sorgen. Wir können noch größeren Mehrwert bieten und wir können noch professioneller arbeiten. Doch das alles schaffen wir nur mit eurer Hilfe!

Versprechen kann ich euch dabei nur eins: Egal wie das Ergebnis aussieht, wenn es nach den letzten Treffen unseres Arbeitskreises geht, werden wir schon auf dem Weg dahin verdammt viel Spaß haben.



Steffen Seitter ist ehemaliger Landesprogrammatiker der JuLis Baden-Württemberg und Leiter des Strukturarbeitskreises

71. Landeskongress in Friedrichshafen

4.-5. März, Zeppelin Universität

Liebe Julis,

zum 71. Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg und unserem Workshop-Tag lade ich euch herzlich ein.

Wann? **4.-5. März 2017**

Wo? **Zeppelin Universität, Fallenbrunnen 3, 88048 Friedrichshafen**

Anmelden könnt ihr euch bald auf unserer Website unter www.julis-bw.de!

Ich freue mich auf euer Kommen!

Marcel Aulila

Landesvorsitzender

Workshoptag

Am Vormittag des 4. März finden Workshops rund um den Landeskongress statt. Es wird Gruppen zur Antragsvorbereitung, zur Erstellung von Änderungsanträgen und ein Neumitgliederseminar geben. Alle Workshops beginnen **am Samstag um 10 Uhr im Fallenbrunnen 3, 88048 Friedrichshafen**.

eLaVo

Auch der erweiterte Landesvorstand tagt traditionsgemäß am Vorabend des Landeskongresses, am **3. März um 19:30 Uhr**. Die Sitzung findet ebenfalls im **Fallenbrunnen 3** statt. Der genaue Raum wird vor Ort ausgeschildert.

Tagesordnung

Samstag

- 13 Uhr Check In
- 14 Uhr Beginn des Kongresses
- TOP 1 Eröffnung und Begrüßung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3 Bericht der Wahlprüfungskommission
- TOP 4 Wahl des Tagungspräsidiums, der Protokollanten und der Zählkommission
- TOP 5 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 6 Festlegung der Antragsreihenfolge
- TOP 7 Grußworte
- TOP 8 Satzungsänderungsanträge
- TOP 9 Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden
- TOP 10 Rechenschaftsbericht des stellvertretenden Vorsitzenden für Finanzen
- TOP 11 Bericht der Kassenprüfer
- TOP 12 Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 9-10
- TOP 13 Entlastung des Landesvorstands
- TOP 14 Wahl des Landesvorstands
- TOP 15 Wahl der Kassenprüfer
- TOP 16 Wahl der Wahlprüfungskommission
- TOP 17 Antragsberatung
- 18:30 Uhr Unterbrechung des Kongress

Sonntag

- TOP 18 Antragsberatung
- TOP 19 Sonstiges
- TOP 20 Schlusswort des/der neu gewählten Landesvorsitzenden

Anträge bis zum 10. Februar einreichen unter <http://julis-bw.antragstool.de/mitglieder/antrag-einreichen/>